

Wohnen muss bezahlbar sein

Überall werden bezahlbare Wohnungen gesucht. Man sucht bebaubare Flächen. Sozialwohnungen gibt es zu wenig.

Auf der anderen Seite Bauboom bei Luxuswohnungen. Immobilienkonzerne handeln an der Börse.

In Frankfurt erleben wir diese kapitalistische Dynamik hautnah. Hier wie in anderen Städten suchen viele Menschen verzweifelt eine bezahlbare Mietwohnung, gleichzeitig werden große Luxus-Wohnanlagen gebaut.

„Immobilien neuer Dimension“

Schon an einem Bauzaun in der Nähe der Frankfurter Messe kann man die Investor-Sprüche lesen: Hier im „Grand Quest“ entstehen „Immobilien neuer Dimension“.

Man wirbt weltweit: „Bis zu 60 Prozent Abschreibungen sind bei diesem Bauvorhaben möglich.“

Die Anleger haben sich nicht lange bitten lassen. Die Millionäre kommen

aus der ganzen Welt. Auch Banker, die wegen des Brexit umziehen müssen, sind dabei, aber auch Leute „aus dem Taunus“, stand in der Zeitung.

Die Preise der Wohnungen beginnen bei 8.500 Euro pro Quadratmeter und reichen bis zu 12.000 Euro. So ist etwa eine „Residence“ mit 98 Quadratmetern für 967.710 Euro zu haben.

Es entsteht ein Luxus-Wohn-Quartier „ein exklusiver Rahmen für ein komfortverwöhntes Leben“.

Anfang 2020 will der Entwickler die Arbeiten am „Grand Quest“ beenden.

Es schließt sich dann noch ein zweiter, größerer Bauabschnitt entlang der Senckenberganlage an, der rund 19.400 Quadratmeter Nutzfläche umfassen soll. So Berichte aus Frankfurt. Aber auch in Offenbach entstehen am Kaiserlei die „New Frankfurt Towers“, zwei Türme mit 19 und 22 Geschossen. Es werden 594 Apartments „vor allem für mobile Business People“ gebaut.

Fortsetzung Seite 2

WOHNRAUM
STATT
PROFITE!

Friedrich Engels schrieb 1872-73 sein Werk „Zur Wohnungsfrage“. Hier heißt es u. a.: „...die schlechten Wohnverhältnisse, die Arbeiter durch den plötzlichen Andrang der Bevölkerung nach den großen Städten erlitten haben; eine kolossale Steigerung der Mietpreise, eine noch verstärkte Zusammendrängung der Bewohner in den einzelnen Häusern, für einige die Unmöglichkeit überhaupt ein Unterkommen zu finden...“

Das war im Frühkapitalismus. Im heutigen Kapitalismus finden wir immer noch unmenschliche Konzentration und eine chaotische Planlosigkeit, die nur ein Ziel hat: „Schnellen Profit zu erzielen“.

Wir sagen: Die Politik muss Wohnen endlich wieder als Grundrecht verstehen. Mietenwahnsinn und Verdrängung sind keine Naturgesetze.

Wir dürfen das Wohnungswesen nicht dem Kapital überlassen! Die „Party“ der Immobilienkapitalisten muss endlich beendet werden. Immobilienkonzerne müssen vergesellschaftet werden. Erst dann können Städte endlich wirksam gegen steigende Mieten vorgehen. Der Markt ist völlig entfesselt. Verantwortlich für diesen Zustand ist eine Wohnungspolitik, die ganz bewusst im Interesse der Immobilienbesitzer geführt wurde. Verantwortlich ist das kapitalistische System wo alles zur Ware gemacht wird, auch das Menschenrecht auf Wohnen.



„Mehr bezahlbarer Wohnraum - wie geht das?“ Eine Veranstaltung der DKP/LL im Rathaus Walldorf. Hauptmeinung in der Diskussion: Wohnen darf keine Ware sein!

Das Kapital walzt durch die Städte

Die Mieten steigen, weil die Spekulation den Wohnungsmarkt erreicht hat. Nach der Finanzkrise und angesichts von niedrigen Zinsen suchen internationale Immobilienfonds und Finanzfirmen nach neuen Profitmöglichkeiten: Sie kaufen Mietshäuser und „modernisieren“ die Mieter heraus: Die Bestandsmieten steigen, bei Neuvermietung oder Umwandlung in Eigentumswohnungen winken große Gewinne.

Wohnen ist ein Menschenrecht

Die Krise auf dem Wohnungsmarkt braucht entschlossene und schnell wirksame Maßnahmen. Es müssen Instrumente geschaffen werden, um überhöhte Mieten zu senken und Höchstmieten festzulegen.

Wohnen ist ein Menschenrecht, das nicht dem Markt überlassen werden darf.

Eine Untersuchung im Auftrag des Sozialverbands Deutschland schlägt Alarm: Die Miete drückt mehr als eine Million Haushalte in Deutschland

unter Hartz-IV-Niveau. Außerdem geben Ärmere, gemessen am Haushaltseinkommen, deutlich mehr für das Wohnen aus, als Normalverdiener.

Die Hälfte der Mieterhaushalte in Deutschland wendet demnach mindestens 29% ihres Nettoeinkommens für die Bruttokaltmiete auf. Bei Geringverdienern mit weniger als 1300 Euro Haushaltseinkommen liegt dieser Anteil bei 46 Prozent – also erheblich höher.

Die Städte verändern sich

Die attraktiven Innenstädte sind mehr und mehr den Reichen vorbehalten. Arme, Studierende, Menschen mit geringem Einkommen, Rentnerinnen und Rentner werden verdrängt. Und auch für Menschen mit mittlerem Einkommen wird es eng! Immer mehr Anteile von Lohn und Gehalt müssen fürs Wohnen aufgebracht werden und fehlen an anderer Stelle.

Der soziale Wohnungsbau ist weiter im Niedergang. Das sind die Fakten! Wer eine halbwegs bezahlbare Wohnung sucht, drängt ins Umland. Nur wird das Umland auch nicht wie ein

Schwamm alle Suchenden aufnehmen können. Auch bei uns ist es z.B. schwer, eine Wohnung zu finden. In unserer Stadt sind über 100 Menschen „obdachlos“ und viele andere suchen verzweifelt eine Wohnung.

Bauen, aber wohin

In Mörfelden-Walldorf liegt was in der Luft. Kapitalstarke Landaufkäufer waren schon unterwegs. Sie bieten „doppelte Courtage“ (Maklerprovision für die Vermittlung beim Landaufkauf). Vor allem Freie Wähler und FDP möchten wohl am liebsten zwischen Mörfelden und Walldorf alles zubauen.

Im Wahlprogramm der Freien Wähler steht: „Eine Zentralisierung der Rathäuser, Feuerwehren und Bauhöfe im Bereich der Bertha-von-Suttner-Schule mit Geschäften und Gastronomie soll realisiert werden.“ Will man nun die Ballungsraum-Pläne von 1975, wonach die Äcker zwischen Mörfelden und Walldorf bebaut werden und eine 70.000-Einwohner-Stadt entstehen könnte, wieder aus der Schublade holen?

Hungerlöhne für immer mehr Beschäftigte, steigende Mieten, Gesundheit wird teurer, die Renten reichen immer weniger, die Rüstung wollen sie verdoppeln, Raketen und Manöver vor Russlands Grenzen. „Bild“ treibt die Leute nach rechts. Haben die sie noch alle? Rechts wählen heißt: den Bock zum Gärtner machen. Was sind das für Zeiten? Lässt sich da nichts ändern? Doch! Heraus zum

1. Mai 2019

10 Uhr, Bürgerhaus Mörfelden

MITWIRKENDE

Werner Seppmann

Sozialwissenschaftler und Philosoph

Petra Schmidt

Bürgerinitiative gegen den Flughafenausbau

Grußwort des Bürgermeisters

Heinz-Peter Becker

Marlene Schwarz

alias Hertha Wacker, Kabarett

Akademischer Arbeiterliederchor

Frankfurt am Main

DGB

Parteien und Vereine stellen ihre Arbeit vor.
Für Essen und Getränke wird gesorgt.
Saalöffnung ist um 9.30 Uhr.

VORABENDVERANSTALTUNG

Warum wählen (auch) Arbeiter die AfD?

*Der Rechtspopulismus als Krisensymptom
und die linken Alternativen*

Gesprächsrunde mit Werner Seppmann

Dienstag, 30. April, 20 Uhr, Goldener Apfel, 1. Stock

Innerhalb weniger Jahre ist auch in der Bundesrepublik der Rechtspopulismus zu einem politischen Faktor geworden. Bis in die gesellschaftliche „Mitte“ hinein sind viele Menschen sozial verunsichert oder fühlen sich gesellschaftlich „abgehängt“ - und der AfD ist es gelungen, den Eindruck zu erwecken, ein „offenes Ohr“ für diese Sorgen und Ängste zu haben. Deshalb versammeln sich hinter ihrer Fahne (neben den „alten Kameraden“) nicht nur zukunftsbesorgte „Mittelständler“, sondern auch Arbeiter und Arbeitslose. Und zwar auch deshalb, weil die Rechtspopulisten durch Pseudoerklärungen und die Aktivierung von Vorurteilen den Menschen das Gefühl zu vermitteln in der Lage sind, in einer Welt verunsichernder „Unübersichtlichkeit“ etwas „verstanden“ zu haben.

Welche politischen Konzepte und praktischen Schritte sind notwendig, dieser Bewegung der Fremdenfeindlichkeit, des Ressentiments und der Restauration das Wasser abzugraben?

Es laden ein:

**DGB, Naturfreunde, Humanistische Gemeinde,
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes**

So einfach ist das natürlich nicht. Westlich der Bahnlinie gibt es viele Hindernisse: Schutzgebiete und die Flughafen-Vorbehalte.

Östlich der Bahn könnte sich die Stadt noch entwickeln: Man spricht von ca. 20ha Baugebiet für 1.200 Wohnungen für rund 3.000 Einwohner. Man sucht große Flächen für Neubauten. Wollen wir das?

Dunkle Geschäfte mit Bauland

Neben seriösen Maklern gibt es auch Geldwäsche in diesem „Gewerbe“. So kaufen Kriminelle in Deutschland Immobilien mit Mitteln aus dunklen Geschäften. Was danach kommt, kann man in Werbebroschüren des Turbo-Kapitalismus und seiner

Wachstumspropheten nachlesen. Wir haben in unserem Archiv noch die Anzeigen aus der überregionalen Presse: „Kommen Sie nach Mörfelden-Walldorf - hier ist die Welt noch in Ordnung!“ Sie ist aber nicht in Ordnung. Auch bei uns, wo es traditionell noch viele, z.T. mühsam geschaffene, Eigenheime gibt.

Große Verantwortung für die Kommunalpolitik

Kommunalpolitiker haben eine große Verantwortung für die Zukunft. Unsere Region ist belastet durch Fluglärm, Feinstaub, Dreck und Abgase. Eine Stadt, die sich die Frischluftzufuhr kappt, handelt fahrlässig und „Flächenfraß“ ist eine schlimme Krankheit.

Wie weiter? Der Bürgermeister meinte: Die „Waldfelden-Pläne“ drohen nicht. Er will aber 1000 Wohnungen zwischen Mörfelden und Walldorf bauen.

Das heißt ca. 3000 bis 4000 Einwohner mehr. Wo man Wohnungen bauen kann oder muss, ist zwar noch nicht diskutiert. Aber in seinem Programm heißt es: „Bürger und Neu-Bürger dieser Stadt sollen ein Wohnungsangebot vorfinden, das sie, je nach finanzieller Lage veranlasst, gern und angenehm hier wohnen zu können. Dazu gehört auch die gezielte Erweiterung von Wohnbauflächen . . .“

Da bleiben Fragen. Wo soll gezielt erweitert werden? Können wir die Probleme überhaupt vor Ort lösen?

Notwendige Fragen

Die DKP/LL-Fraktion hat einen umfangreichen Berichts Antrag „Wohnen in Mörfelden-Walldorf“ gestellt.

Darin heißt es u.a.:

Gibt es zurzeit planerisch eine maximale Einwohnerzahl für Mörfelden-Walldorf oder wo soll die in Zukunft liegen?

Wie haben sich die Vorgaben zur „Siedlungsbeschränkung“ in den letzten Jahren geändert?

In welchem Umfang ist eine innerstädtische Verdichtung noch möglich und welche Infrastrukturmaßnahmen sind ggf. zu erwarten?

Gibt es eine genaue Kartierung von unbebauten Grundstücken (Privatbesitz/städtisches Eigentum) und wo liegen die Grundstücke im Einzelnen?

Welche Möglichkeiten sieht die Stadtverwaltung, innerhalb der geschlossenen Ortschaften weitere Flächen zu erwerben, die für eine Wohnbebauung geeignet sind?

Inwieweit gab oder gibt es Überlegungen in Richtung „Vorkaufsrecht wahrnehmen“?

Wie sieht derzeit die Höhe der Mieten und NK (Nebenkosten) in städtischen Wohnungen und Sozialwohnungen, in denen die Stadt ein Belegungs-

Vorschlagsrecht hat und wie sind die Vergleichsmieten/NK auf dem „Wohnungsmarkt“.

Es heißt, die Stadt besitze im direkten Umfeld des „Waldenserhofs“ weitere Immobilien mit einer Fläche von rund 4100 Quadratmetern.

Wann ist mit einer Bürgerinformation zu Plänen für diese Fläche zu rechnen?

Ist daran gedacht, bei neuen Planungen im „Stadtkern“ von Walldorf das Haus Langstraße 37 (Reiß-Haus) einzuschließen?

Gibt es in der Stadt „Wohnraumzweckentfremdung“ und welche Möglichkeiten hat die Verwaltung, in diesem Fall auf Abhilfe zu dringen?

Wie viele Gebäude in den Gewerbegebieten und im Industriegebiet stehen z.T. seit Jahren leer und sind/werden wahrscheinlich „abgeschrieben“?

Sind „Umwidmungen“ möglich und welche dahingehenden Gespräche dazu hat die Verwaltung über welche Liegenschaften geführt?

Wie könnte der Um- oder Ausbau von bestehenden Gebäuden in der Stadt gefördert werden - z.B. durch Zuschüsse für private Umbauten?

Wie nimmt die Verwaltung Einfluss auf örtliche Investoren, damit weniger Eigentumswohnungen und mehr Sozialwohnungen entstehen?

Wo sollen weitere/neue Wohn(bau)flächen „gefunden“/entwickelt werden?

Inwieweit wird in der Verwaltung der Griff nach den Freiflächen zwischen Mörfelden und Walldorf vorbereitet und befördert?

Wird der Wert und die Wichtigkeit der Sicherung der Freiflächen zwischen Mörfelden und Walldorf in der Stadtverwaltung anerkannt?

Wie kann die Sicherung und der Schutz der freien Flächen zwischen Mörfelden und Walldorf vor Bebauung gewährleistet werden?

Wird der „Schutz“ weiter gelockert - wie ist der Stand dieser Entwicklung?

Die Eigentumsfrage wird sicher wichtiger werden - sind alle Eigentümer der dortigen Äcker bekannt und sind (schon wieder) „Aufkäufer“ unterwegs?

Ist für dieses Gebiet schon einmal an eine Ausschreibung zur Gestaltung oder einen Untersuchungsauftrag für Landschaftsgestalter (z.B. der Uni-Wageningen) gedacht worden?

Wie soll der städtische Wohnungsbau in Zukunft aussehen?

Wie weit sind Überlegungen zur Gründung einer eigenen Wohnungsgesellschaft oder dahin gehender interkommunaler Initiativen gediehen?



Ihr habt:
Fragen zur Stadtpolitik?
Wollt aktiv werden?

Schreibt uns doch mal:
facebook.com/DKPLinkeListe

Im Fadenkreuz des Großkapitals: Venezuela

Aus der Ferne sind die Ereignisse in Venezuela schwer einzuschätzen. Ob und welche Fehler Chavez oder Maduro gemacht haben, ob sie vermeidbar waren, wird in unseren Medien kaum sachlich untersucht.

Es stimmt aber: so wie die New York Times den Militärputsch gegen die Regierung Chavez im Jahr 2002 schon offen unterstützt hatte, so sind auch diesmal wieder fast alle Medien aufgebrochen, den Sturz einer gewählten Regierung zu unterstützen.

Diese Medien erwähnten fast niemals die systematische Unterminierung des Staates durch Sanktionen und die „unkonventionelle Kriegsführung“ des Landes, sondern schoben die Schuld für die entstandenen Versorgungs- und Wirtschaftsprobleme allein dem „Diktator Maduro“ zu.

Die Tatsache, dass die USA und ihre Vasallen über Jahre, schon vor Trumps

Amtsantritt, systematisch daran gearbeitet hatten, das Land in eine Notsituation zu manövrieren, wird vollständig ausgeblendet.

Seit 1999, dem Beginn der Bolivari-schen Revolution mit dem Amtsantritt von Hugo Chavez als Präsident Venezuelas, wird das Land von den USA und anderen westlichen Staaten auf verschiedenste Art boykottiert und attackiert.

Diese Situation wird seit Januar 2019 zunehmend verschärft. Mit Juan Guaidó hat die USA-Regierung völkerrechtswidrig einen „Übergangspräsidenten“ für Venezuela anerkannt. So hat sie bei Bedarf eine „Legitimation“ für einen militärischen Überfall.

Der Ausfall der Strom- und Wasserversorgung, wahrscheinlich durch US-Hacker-Angriffe, zeigt wir ernst die Lage ist. Die Ereignisse überschlagen sich förmlich. Wenn dort ein neuer Krieg entsteht, wäre das nicht der erste, der um Öl und um die US-Vormacht produziert worden ist.

Kriege werden nicht nur mit Bomben und Raketen geführt

Das Handbuch für „unkonventionelle Kriegsführung“ der US-Armee gibt einen Eindruck davon, wie Kriegsführung im 21. Jahrhundert von mächtigen Staaten realisiert wird. Da spielen Kriegserklärung und Invasionsarmeen längst nicht mehr die Hauptrolle. Neben verdeckten Operationen von Spezialeinheiten sind es psychologische Operationen, Nutzung der Zivilgesellschaft und die Unterstützung von „Elementen und Aktivitäten“, Diplomatie, sogenannte Informationsverbreitung, Geheimdienstaktivitäten, wirtschaftliche Instrumente, und das Finanzwesen, die eine immer größere Rolle spielen. Und die Opferzahlen dieser „unkonventionellen Kriegsführung“ übersteigt nicht selten die eines Bombenkrieges. Allerdings wird diese Art Kriegsführung in der Öffentlichkeit kaum registriert.

Als die frühere US-Außenministerin Madeleine Albright in einem TV-Interview im Jahr 1996 auf die Frage, ob die US-amerikanischen Sanktionen gegen den Irak, die eine halbe Million irakische Kinder das Leben gekostet hatten, diesen Preis wert waren, mit „Es ist diesen Preis wert“ geantwortet hatte, gab es keinen Sturm der Entrüstung. Als sich Juan Guaidó im Januar 2019 selbst zum Präsidenten von Venezuela ernannte, wurde er sofort von den USA und kurz darauf von den folgelsamen Gefährten der EU, auch von Deutschlands Bundesregierung, als neuer Präsident anerkannt. So macht man sich mitschuldig.



Ein Platz für die Gingolds ...

... diese Forderung erhoben bei einer Kundgebung mehr als 150 Menschen, die zu einer Kundgebung der Ettie-und-Peter-Gingold-Erinnerungsinitiative in Niederrad gekommen waren.

Der Widerstandskämpfer Peter Gingold war auch in unserer Stadt bekannt, er sprach vor Jugendlichen im JUZ oder auf den Kundgebungen am 9. November zum Gedenken an die „Reichspogrom-Nacht“.

In Niederrad, wo Ettie und Peter Gingold nach der Befreiung vom Faschismus 1945 ansässig wurden, entstand die Idee, einen namenlosen Platz, nach den Gingolds zu benennen. In unmittelbarer Nähe, befand sich bis zu ihrem Tod der Wohnsitz der Gingolds.

**Danke für die vielen
Spenden, die wir in den letzten
Wochen erhielten.**

**Das blickpunkt-Spenden-Konto:
Kreissparkasse GG
IBAN
DE37508525530009003419**

Die Stadt hat gerade Teile der Startbahn-Mauer aufgestellt. Sie sollen als Denkmal dienen.

Es ist jetzt über 38 Jahre her. Im Juli 1980, es war ein Sonntag, ruft die Bürgerinitiative zu einer Aktion „Bürger bekennen Farbe“ auf. Die endlose Betonmauer am Flughafen sollte bemalt werden. Hunderte Polizisten und bereitstehende Wasserwerfer verhinderten die Aktion.

Am nächsten Tag, keine Polizei, fuhr ich hin und schrieb: „Ich bin gegen die Startbahn/West!“. Die Polizei kam schnell, sagte gelassen, ich solle damit aufhören. Ich meinte, lasst mich bitte meinen Namen, meine Adresse und die Telefon-Nr. dazu schreiben. Entspannt meinten sie: „Bitte schön!“ (Das ging damals noch!)

So konnten die vielen Reporter Fotos machen und in den Zeitungen erschien das Bild mit einem Text, den ich verteilte: „Mit dieser öffentlichen Malaktion protestiere ich gegen



die Unverschämtheit, diese Mauer als schützenswertes privates Eigentum zu bezeichnen, während man gleichzeitig plant, unseren Wald, das öffentliche Eigentum, zu enteignen. Mit dieser persönlichen Aktion protestiere ich gegen den Masseneinsatz der Polizei zum Schutz einer Mauer.

Richtig wäre, wenn die Polizei zum Schutz des Waldes kommandiert würde. Die Unversehrtheit des Waldes, der für die Gesundheit der Kinder, der Mütter, der Alten und der Jungen notwendig ist, ist wichtiger als die Unversehrtheit einer kalten Betonmauer, die man gebaut hat, um die Stätte des Profits zu verdecken.

Mit dieser Aktion soll ein weiteres sichtbares Zeichen des Widerstandes gesetzt werden. Ich hoffe, daß sich viele Bürger anschließen. Die große Bedrohung unserer Heimat wird zunehmend größere Anstrengungen erfordern. Die Größe der Gefahr rechtfertigt zunehmenden persönlichen Ungehorsam. Wo Unrecht herrscht, wird Widerstand zur Pflicht.“

Rudi Hechler

Nachsatz

Es gab für mich damals noch keinen Strafbefehl. Aber eine Rechnung die ich bezahlen musste: „8 Arbeitsstunden à DM 41,80 - 1 LKW-Stunde DM 58,20 - zusammen 392,60 DM“.



Wachsam bleiben und nichts vergessen

Zwei Elemente der Startbahnmauer wurden als Denkmal neben der Hüttenkirche eingeweiht. Dazu passt: Fraport hat gerade seine Bilanz für das abgelaufene Geschäftsjahr vorgelegt. Der Umsatz sprang demnach um 19% auf 3,5 Milliarden Euro. Damit steht unter dem Strich ein Gewinn von rund 505 Millionen Euro - fast 40% mehr als ein Jahr zuvor.

Die Mauerteile wurden von Fraport „spendiert“ - ein Dank dafür steht auf dem Hinweisschild der Stadt.

Der Protest gegen den Bau der Startbahn West wurde damals von fast der gesamten Bevölkerung des Flughafenumlandes vor allem auch in Mörfelden und Walldorf getragen. Das ist unvergessen. Aber die Menschen wurden auch belogen und betrogen. „Kein Baum wird mehr fallen“ hieß es - aber die Rodungen gehen bis heute ständig weiter. Auch das halbherzige Nachtflugverbot musste erkämpft werden.

Das Mauerdenkmal solle nicht nur dem Rückblick dienen, wurde gesagt. So sehen wir es auch - auf unseren Schildern bei der Eröffnung konnte man es lesen. Wir dürfen nichts vergessen und müssen wachsam bleiben.

Anfrage der DKP/LL-Fraktion

Problem beim Versand der Steuerbescheide

Im Februar wies die Stadtverwaltung auf Probleme mit dem Versenden der Steuerbescheide aufgrund eines Programmfehlers des Finanzbuchungsprogramms hin. Wer noch keinen Steuerbescheid 2019 erhalten habe, sollte sich bitte mit dem Amt für Finanzen in Verbindung setzen.

Wir fragen den Magistrat:

Wie viele „falsche“ Bescheide wurden zugestellt?

Wie viele Abgabepflichtigen haben zunächst/bis heute überhaupt keinen aktuellen Grundbesitzabgabenbescheid erhalten?

Wie viele Bescheide wurden vom Amt für Finanzen auf Nachfrage ausgedruckt und ausgehändigt oder zugeschickt?

In welchem Umfang (Zeit/Einzelfälle) musste dafür von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Amtes für Finanzen Mehrarbeit geleistet werden?

Ist der als Grund für die Probleme genannte „Programmfehler“ der Stadt Mörfelden-Walldorf zuzurechnen oder dem beauftragten Rechenzentrum?

Welche Mehrkosten hätte ein kompletter (Neu-)Versand der richtigen Abrechnungen und Bescheide verursacht?

Betrifft der genannte „Programmfehler“ nur Bescheide zu Grundbesitzabgaben oder auch andere „Steuern“ wie Gewerbesteuer, Hundesteuer u.ä. ?

Antrag der DKP/LL-Fraktion

Bolzplatz südlich der Bertha-von-Suttner-Schule wieder herrichten

„Der Bolzplatz südlich der Bertha von Suttner Schule wird bis auf Weiteres nutzungsfähig wieder hergerichtet. Gegebenenfalls ist diese Maßnahme mit dem Kreis Groß-Gerau zu koordinieren.“

Begründung: Dieser Bolzplatz war eine gut angenommene Freizeiteinrichtung. Insbesondere war er die Grundlage des Erfolges des Cricket-Teams, das bei der Kreissportlehrerung ausgezeichnet wurde. Seitdem der Platz verkleinert wurde, um auf einem Streifen des Nordteils Parkplätze einzurichten, wird er nicht mehr gepflegt und

ist sich selbst überlassen. Trotzdem haben mehrere Gruppen bekundet, dass sie den Platz auch in der verkleinerten Form gerne weiter benutzen würden, wenn wenigstens die größten Hindernisse beseitigt würden (Maulwurfshaufen, beginnende Verbuschung) und die Grasfläche einigermaßen instandgesetzt würde.

Antrag der DKP/LL-Fraktion

Ostermarsch-Aufruf unterstützen

„Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt den Aufruf zum Ostermarsch 2019 in Frankfurt a.M. und ruft die Einwohnerinnen und Einwohner von Mörfelden-Walldorf auf, sich in diesem Jahr aktiv an den traditionellen Veranstaltungen der Friedensbewegung zu beteiligen.“

Begründung: Die vom 19. bis 22. April 2019 stattfindenden Ostermärsche sollen ein Zeichen für „abrüsten statt aufrüsten“ und gegen die durch die US-amerikanische Aufkündigung des INF-Vertrages drohende neue atomare Aufrüstung setzen. Auch in Frankfurt soll demonstrativ deutlich gemacht werden, dass die beabsichtigte Ausweitung der deutschen Hochrüstung und die weitere Militarisierung der europäischen Politik nicht unwidersprochen hingenommen wird. Die Bundesregierung soll endlich die Friedensfrage aufgreifen und sich gegen Kriege und Waffenlieferungen und stattdessen für Frieden, Abrüstung und eine neue Entspannungspolitik einsetzen. Dafür sollen die Ostermärsche in diesem Jahr Druck ausüben. Der Frankfurter Ostermarsch 2019 steht unter der Überschrift: „Nein zum Krieg - abrüsten statt aufrüsten“ Der Ostermarsch hat in unserer Stadt eine lange Tradition. Seit den 1960er Jahren nehmen Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt an den Oster-Aktionen der Friedensbewegung teil. Pfarrer Kurt Oeser gehörte über Jahrzehnte zu den Unterstützern, Organisatoren und Aufrufern des Ostermarschs, der sich ursprünglich vor allem gegen die Atomrüstung wendete.

Ein Aufruf der Stadtverordnetenversammlung unserer Stadt, die sich nach wie vor als „Atomwaffenfreie Zone“ bekennt und in der die Friedensbewegung immer eine große Rolle gespielt hat, erscheint uns deshalb mehr als angebracht.

Antrag der DKP/LL-Fraktion

ICAN-Städteappell zur Abschaffung von Atomwaffen

ICAN (Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen) wurde 2017 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. In einem „Städteappell“ ruft ICAN international Städte dazu auf, den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen zu unterstützen. Große Städte in Nordamerika, Europa und Australien haben den Appell schon unterzeichnet, der wie folgt lautet:

„Unsere Stadt/unsere Gemeinde ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellt. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.“

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

„Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Mörfelden-Walldorf unterstützt den ICAN-Städteappell zur Abschaffung von Atomwaffen und beauftragt den Magistrat der Stadt, den Appell zu unterzeichnen.“

In der Begründung heißt es:

Zur Frage, warum sich Städte dem Appell anschließen sollten, schreibt ICAN Deutschland u.a.:

„Atomwaffen stellen eine besondere Bedrohung für Städte dar. Sie sind im Ernstfall die primären Ziele eines atomaren Angriffs. Damit sind Städte direkt betroffen und sollten sich deshalb in die Diskussion zu dieser Frage einmischen.... Ein neues Bündnis von Städten weltweit stärkt die Stimmen der Menschen überall und setzt alle Regierungen dieser Welt unter Druck, jegliche Beteiligung an der atomaren Abschreckung und jegliche Verstrickung in Atombombengeschäften zu unterlassen.“

Nachgereicht

Nach Redaktionsschluss wurde das Ergebnis der Bürgermeisterwahl am 24. März bekannt:

Heinz-Peter Becker (SPD)	3190 Stimmen (31,27%)
Karsten Groß (CDU)	2795 Stimmen (27,40%)
Alfred J. Arndt (DKP/LL)	763 Stimmen (7,48%)
Thomas Winkler (Grüne)	3454 Stimmen (33,86%)

KEINE WEITERE FLUGHAFENERWEITERUNG

Mehr Tote durch Feinstaub

Laut einer Studie verursacht die Luftverschmutzung in Europa doppelt so viele Todesfälle wie bisher angenommen

Die Zahl der Menschen, die wegen Feinstaubbelastung an Herz-Kreislauf-Erkrankungen starben, ist deutlich höher, als bislang in Schätzungen angenommen wurde. Zu diesem Schluss kommt eine neue Studie des Max-Planck-Instituts für Chemie und der Medizinischen Fakultät der Gutenberg-Universität in Mainz.

Die höchsten Sterblichkeitsraten wurden bei Herz-Kreislauf-Erkrankungen ermittelt. Gemäß WHO-Angaben sterben jährlich etwa 56 Millionen Menschen, 71 Prozent von ihnen an „nicht zu deklarierenden Krankheiten“ wie Herz-Kreislauf- und chronischen Lungenerkrankungen, Diabetes und Krebs.

Nach den neuen Untersuchungsmethoden gehen von den jährlich 2,14 Millionen Herz-Kreislauf-Sterbefällen in Europa 377.000 auf Feinstaubbelastungen zurück.

Kinder-Asthma in Hessen auf dem Vormarsch

In Hessen ist jedes vierte Kind körperlich chronisch krank. Jungs etwas häufiger als Mädchen. Die meisten von ihnen leiden unter Asthma und Neurodermitis, gefolgt von Heuschnupfen und entzündlicher Darmerkrankung. Sieben Prozent haben eine psychische Erkrankung mit potenziell chronischem Verlauf. Zu diesem Ergebnis kommt der Kinder- und Jugendreport, den die Krankenkasse DAK Gesundheit vorgestellt hat. Eingeflossen sind die Daten von 56.000 minderjährigen Versicherten. Asthma-Sprays gehören zur fünfthäufigsten Arzneimittelgruppe bei Kindern. Atemwegserkrankungen stünden an der Spitze der wichtigsten Erkrankungsarten im Kindesalter. Mehr als die Hälfte aller Minderjährigen in Hessen leide mindestens einmal pro Jahr unter einem grippalen Infekt oder einer akuten Bronchitis. In der Häufigkeit folgten dahinter Infektionskrankheiten, Augenerkrankungen, Hauterkrankungen und psychische Leiden.

„Fridays for future“ notwendig und richtig

Viele Jahre schreiben wir an dieser Stelle über Umweltbelastungen, vor allem über Lärm, Dreck und Waldverluste, die vom Flughafen ausgehen. Nicht alle freut das.

Die Protestbewegung „Fridays for Future“ trifft auch auf wenig Sympathie bei den Herrschenden. Die Bundeskanzlerin sieht sie sogar als Teil einer angeblichen russischen „hybriden Kriegsführung“. Der FDP-Vorsitzende Christian Lindner: „Klimaschutz ist was für Profis“. Ehrlich und klar dagegen der Aufruf deutschsprachiger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich inhaltlich hinter die demonstrierenden Schülerinnen und Schüler stellen. Die enorme Mobilisierung der „Fridays for Future“-Bewegung zeigt, dass die jungen Menschen die Situation verstanden haben. Die Schwedin Greta Thunberg (Geboren am 3. Januar 2003), sagte u.a. einen sehr wichtigen Satz: „Wenn eine Lösung im System unmöglich zu finden ist, sollten wir das System ändern.“ Das meinen wir auch.

500 Nelken zum Frauentag

„Aufstehen - Einmischen - Verändern.“ Das war das Motto eines Aktionstages, zu dem die Stadtverordnetenfraktion der DKP/Linke Liste eingeladen hatte. Anlaß dazu war der Internationale Frauentag, der an diesem Tag in vielen Ländern begangen wurde.

Mit einer Auftaktveranstaltung vor dem Mörfelder Rathaus wurde dieser Tag begonnen. Dietmar Treber, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, erinnerte in einem kurzen Beitrag an die Entstehung dieses Tages vor über 100 Jahren.

In kurzen Reden erinnerten lokale Stadtverordnete und der Bundestagsabgeordnete der Linken, Jörg Cezanne, an aktuelle Forderungen von Frauen. So wurde unter anderem die Situation im Pflegebereich beleuchtet, denn, so Stadtverordnete Simona Sergi: „Es ist auffällig, dass häufig dort die Löhne



niedrig sind, wo Frauen arbeiten. Und genau hier müssen die Löhne dringend angehoben werden.“

Eine weitere Forderung, die Streichung des § 219a, das Recht auf freie Informationen rund um Schwangerschaftsabbruch, formulierte Fraktionskollegin Gelincik Tuzcu.

Ebenso wurde die Bedeutung einer angemessenen Kinderbetreuung, vor allem in den Randzeiten betont. Hier gebe es gerade in der Doppelstadt noch aktuellen Handlungsbedarf. Nach dem Auftakt wurden im Stadtgebiet 500 rote Nelken mit einer Grußkarte verteilt. Die Überschrift dieser Karte: „Frauen wollen sich nicht mehr alles gefallen lassen.“

Stadtgeschichten



Bis in die 1960er Jahre wurden die Wohnungen in unserer Gegend noch überwiegend mit Holz, Kohle oder Briketts im Herd oder Ofen geheizt, bis dann nach und nach Koksheizungen, später Öl- oder Gasheizungen in den Häusern eingebaut wurden. In der Küche, oft der einzige beheizte Raum, in der sich die Familie aufhielt, stand der Herd zum Kochen. Auch das Beschaffen des Hausbrandes war mit viel Arbeit und Kosten verbunden und es musste in nicht gerade wohlhabenden Familien auch schon früh Geld dafür zurückgelegt werden. Das Holz zum Heizen wurde im Wald ersteigert. Es saß dort, von den Forstarbeitern aufgesetzt, in Stößen von Raummetern. Diejenigen, die kein Fuhrwerk hatten, mussten einen Kuh- oder Pferdebesitzer beauftragen, das Holz heimzufahren. Damit war aber noch nicht alles getan. Zuhause im Hof wurde es dann mit Axt, Keil und Schläge gespalten und im Garten zum Trocknen aufgesetzt. Im nächsten Jahr konnte dann der „Holzschnyder“ bestellt werden und das Produkt war nach dem Kleinhacken auf dem Hackklotz ofenfertig. In der Mitte auf unserem heutigen Foto sehen wir Heinrich Schulmeyer 23., langjähriger Inhaber des Geschäftes für Landesprodukte und Besitzer von Dreschmaschinen in Mörfelden (Langener Straße) beim Holzschneiden. Dies erfolgte an einer, an seinem Lanz- Bulldog angebauten Bandsäge. Die Namen der beiden Männer links und rechts von ihm sind nicht überliefert. Es gab in Mörfelden noch drei weitere „Holzschnyder“. Es waren noch ein Heinrich Schulmeyer (genannt „Lohneheuner“), Fritz Siegel (auch „Therese-Fritz“) genannt und Karl Schulmeyer.



Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden

KuBa



Irish Folk Session

Mittwoch, 03. April 2019 - 19:30 Uhr - Eintritt frei

Cowboy Klaus und das pupsende Pony

Ein Theaterstück für kleine Cowboys und Pferdefreundinnen ab vier Jahren

Donnerstag, 04. April 2019 - 10:00 Uhr und 15:30 Uhr

Eintritt: € 5,- VVK

Cocktailabend

Thema: Kräuter, Freitag, 05. April 2019 - 20:00 Uhr
Eintritt frei

„Die Mondverschörung“, Film von Thomas Frickel

Samstag, 06. April 2019 - 20:00 Uhr - Eintritt frei
Der Filmemacher ist an dem Abend im KuBa, um mit den Gästen über den Film zu diskutieren.

Ökologie von rechts: Völkische Ideologien im Natur- und Umweltschutz

Vortrag von Yannick Passeick, Bildungsreferent der Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz

Mittwoch, 10. April 2019 - 20:00 Uhr - Eintritt frei

Ausstellungseröffnung - Künstlergruppe

„Ein ägyptischer Vogel“

Sonntag, 14. April 2019 - 15:00 Uhr - Eintritt frei

Die Künstlergruppe „Ein ägyptischer Vogel“ existiert seit 2009 im Wohnverbund Mörfelden der Stiftung Nieder-Ramstädter Diakonie.

Beginnend im Rahmen einer Kleingruppe mit vier KünstlerInnen, ist sie seit ihren Anfängen stetig gewachsen und zählt heute insgesamt fünfzehn Künstlerinnen.

Unser Lexikon

Schbrisch

Deer iss
e bissje
nääwer de Kabb.